

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Alle Mann an Bord!

Der Tag der Entscheidungsschlacht für die Stichwahl rückt immer näher. Die Wahlen am 16. Juni haben das eine sicher ergeben: daß die Sozialdemokratie abermals beträchtlich an Stimmen zugenommen hat. 32 Mandate sind gleich beim ersten Ansturm von ihr errungen worden, und außerdem ist sie noch an 101 Stichwahlen beteiligt! Schon wird man im Ausland auf das Vordringen der Sozialdemokratie aufmerksam. Zwei Pariser Blätter, der „Temps“ und das „Journal des Debats“, sehen darin eine internationale Gefahr und erwähnen die bürgerlichen Parteien, in der Stichwahl neue Siege der Sozialisten zu verhindern!

Wenn eine solche Mahnung schon aus Frankreich erfolgt, um wie viel mehr sollten die bürgerlichen Parteien im Lande nicht selbst die Augen offen haben, um die Gefahr zu erkennen und entschlossen einzutreten, um diese Gefahr zu verhindern zu helfen.

Reider hat sich am 16. Juni auch in unserm Wahlkreise wieder gezeigt, daß viele aus Gleichgültigkeit oder aus Abneigung gegen das Wählen, oder weil ihnen die Kandidaten nicht gefielen, von der Wahlurne weggeblieben sind, und nur 67,3 Prozent der Wahlberechtigten sich an der Wahl beteiligten, während bei der Stichwahl im Jahre 1893 83,6 Prozent wählten. Das muß am Freitag anders werden; denn es ist festgestellt, daß die Stämmigen und Widerwilligen zum größten Theile nicht der Sozialdemokratie, sondern den bürgerlichen Parteien angehören. Diese Parteien müssen in der Entscheidungsschlacht mit in der Linie stehen! Nur dann kann der Sieg unser werden. Für jeden wahlberechtigten Anhänger der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung gilt es, diese gegen den Ansturm der Revolutionäre zu verteidigen, indem er seine Stimme für den Gegner der Sozialdemokraten abgibt. Persönliche Bedenken, Parteiverhalebenheiten u. dergl. sind kein Grund, anders zu handeln; sie müssen zurücktreten, damit das gemeinsame Ziel, der Sieg über die Sozialdemokratie, erreicht werde. Glaube aber Niemand, er habe seine Pflicht getan, wenn er am Freitag seine Stimme abgibt, ein Jeder muß auch dafür wirken, daß die Freunde und Gesinnungsgenossen die Stimme für Herrn Brömel abgeben. In der Nähe jedes Wahllokals befindet sich ein Bureau des liberalen Wahlvereins; wenn sich die Wähler noch Abgabe ihrer Stimme durchhin begeben, können sie sofort erfahren, wer in seiner Wahlbezirk die Wahlpflicht noch nicht nachgekommen ist und es ist dann eine kleine Aufgabe, diese Stämmigen an ihre Pflicht zu ermahnen. Größer als je ist die Verantwortung der bürgerlichen Wähler. Das Vaterland erwartet, daß an diesem Freitag jeder Deutsche seine patriotische Pflicht thut. Jede Stimme fällt ins Gewicht. Wer von seinem Wahrecht keinen Gebrauch macht, der enthält dem reichsten Kandidaten eine Stimme vor und begünstigt dadurch die Revolution und schädigt das Vaterland. Er handelt also in hohem Grade unpatriotisch. Darum noch einmal:

Alle Mann an Bord! Wählt Brömel!

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der spanisch-amerikanische Krieg verliert mehr und mehr an Interesse, da aus den hierher gelangenden Nachrichten sich ein klares Bild nicht machen läßt, und es scheint, als ob die Gegner fortgesetzt Versteck mit einander spielen.

Endlich ist die Armeer von Tampa vor Santiago eingetroffen. Wie aus Washington berichtet wird, hat das Marine-Departement eine Drahtmeldung des Admirals Sampson erhalten, die meldet, daß am Montag Generalmajor Schafter und die Transportschiffe in der Nähe von Santiago angekommen seien.

Abermals liegt von den Philippinen ein ganzes Bündel von Nobelpreisen für die Spanier vor, aber die erwartete „große Nachricht“ von dem Fall Manilas steht noch immer aus. Nach einer Meldung des „Bur. Reuter“ aus Manila vom 17. d. M. hat bei Anlaten, 30 Meilen nördlich von Manila, ein dreitägiges erbittertes Gefecht stattgefunden. General Monet, der an der Spitze von 3000 Mann auf dem Bormarich war, um Manila zu entsetzen, fand die Eisenbahn gesperrt und fiel in einen Hinterhalt. Ein verzweifelter Kampf folgte. General Monet fiel. Die Eingeborenen-Truppen gingen zu den Aufständischen über; die überlebenden spanischen Truppen, etwa 500 Mann, ergaben sich. Die Aufständischen nahmen die Stadt Malabon. Als der Angriff erfolgte, begann das Bataillon „Pampanga“ von der Eingeborenen-Miliz, das für besonders zuverlässig angesehen worden war, auf seine Offiziere zu feuern; fünf von diesen wurden getödtet. Den Spaniern gelang es, die Menterer zu entlassen; ein Teil dieser entkam jedoch. Ein ähnlicher Fall ereignete sich bei Zapote, wo ein ganzes Regiment im kritischen Augenblicke meuterte. Die Spanier bedienten sich immer noch gemieteter Truppen mit dem Erfolge, daß Schützen aus den Reihen der Aufständischen häufig die Postenketten überschreiten und aus gedecktem Hinterhalt auf die Spanier feuern. Der Berichterstatter des „Bur. Reuter“ führt in seiner Drahtmeldung fort: „Ich besuche häufig die Vorposten bei Londo, Santa Teja, Sant Anna und Malate. Von einem Vordringen ist nichts zu merken; es wird aber fortwährend geschossen, meist ohne daß getroffen wird. Zwischen den Bäumen ist nichts zu erkennen. Die Aufständischen feuern seltener, die Spanier antworten aber immer mit großen Salven, besonders während der Nachstunden. Die Spanier verschwenken unaufhörlich die Munition tonnenweise, indem sie auf bloße Schatten im Dickicht schießen; sie wollen anscheinend ihre Munition rasch aufbrauchen und dann sich in dem hoffnungslosen Kampfe in Ehren ergeben. Mittlerweile ist spanischerseits der Befehl ergangen, die Hüften der Dorfbewohner im Umkreise der Stadt niederzubrennen, und so den Feind der schützenden Zukunft zu berauben. Hunderte von friedlichen Eingeborenen sind dadurch ohne Heim. Mehrere Tage hindurch haben furchtbare Regengüsse geherrscht. Man glaubt, daß die Aufständischen, den Wünschen des Admirals Dewey willfahrend, überhaupt nicht beabsichtigen, Manila zu bombardieren.“

Aus dem Reiche.

Die Kaiserin, die gegenwärtig zum Besuche ihrer Schwester, der Herzogin Karoline Mathilde von Schleswig-Holstein-Sonderburg auf Schloß Grünholz weilt, wird bis spätestens den 24. d. Mts. dort verbleiben und sich dann nach Demmelmark begeben, um sich gemeinsam mit der Prinzessin Luise auf der Jagd „Buna“ einzulassen. Während ihres gegenwärtigen Aufenthalts in Grünholz wird die Kaiserin die Tage in stiller Zurückgezogenheit verbringen; die kaiserlichen Kinder, Prinz Joachim und Prinzessin Luise, welche die Kaiserin nach Grünholz begleiten sollten, sind nicht dorthin gekommen, sondern haben im königlichen Schlosse zu Kiel Aufenthalt genommen. Auch der Herzog Friedrich Ferdinand befindet sich zur Zeit nicht auf seinem Schlosse; er hatte mit seiner Jagd einen Ausflug in die dänischen Gewässer unternommen und konnte den Postdampfer „Korsør“ nicht rechtzeitig erreichen. — Dem Generalgouverneur D. Faber hat der Kaiser gelegentlich der Berufung zum Prospekt von Berlin den Charakter als Wirklicher Ober-Konfistorialrat mit dem Range der Räte erster Klasse verliehen. — Der Staatssekretär des Innern Dr. Graf v. Posadowsky wurde gestern Mittag vom König Albert in Villa Strehlen empfangen. — Professor Schweininger hat vor drei Tagen in Helgoland gehetret, und zwar die geschiedene Gattin des Professors v. Lenbach, eine aus Frankfurt a. M. gebürtige Dame. — Die Ausstellung des 15. Allgemeinen deutschen Gewerbeverbandes wird, wie sich jetzt schon überlegen läßt, außerordentlich reichhaltig beschickt werden. Von Seiten fast aller ersten Firmen der einschlägigen Branche liegen bereits Meldungen vor. Sämtliche ausgestellte Apparate und Materialien gelangen zur Prüfung. Besonders interessant versprechen die Wandproben zu werden, welche in einem bisher noch nicht geübten Umfange stattfinden werden. Prinz Friedrich Heinrich von Preußen hat das Protektorat über den Gewerbeverband übernommen. — Ein vom Magistrat in Breslau eingefordertes Gutachten der Handelskammer spricht sich gegen die Aufhebung der Breslauer Jahrmärkte und des Christmarktes aus. — Geheimrath F. A. Krupp in Essen stellte dem Geheimrat Classen den Betrag von 5000 Mark für die Zwecke des ihm unterstellten elektrotechnischen Laboratoriums der technischen Hochschule in Aachen zur Verfügung. — Der schlesische Gewerbeverband beschloß nahezu einstimmig, den Kommunen nicht die Einführung einer gegen die Bäume und Wärendhäuser gerichteten Umlage- oder Betriebssteuer anzurathen.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Gegen die agrarische Agitation schreibt das Vorstandsamt der Königsberger Kaufmannschaft in seinem Jahresbericht für 1897: „Mit großem Bedauern ist festzustellen, daß von einer energischen Abwehr unberechtigter agrarischer Forderungen verhältnismäßig wenig zu merken ist. Haben auch in der Hauptsache die agrarischen Forderungen bislang glücklicher Weise keine Erfüllung oder Anerkennung gefunden, so sind doch unverkennbar dieser Strömung manche Konzessionen gemacht worden. Gesetzgebung und Verwaltungsmaßregeln der letzten Jahre liefern hierfür sprechende Beweise. Man braucht nur an das Börsengesetz und dessen Ausföhrung in Preußen, an das neue Margarinegesetz, an verschiedene theils bestehende, theils in Aussicht genommene Sperre-maßregeln zu erinnern. All diese Konzessionen, alle „kleinen Mittel“, die angewendet wurden, um die Lage der Landwirtschaft zu heben, haben die agrarische Bewegung nicht eingedämmt. Diese Bewegung richtet sich im Grunde gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung, gegen die wirtschaftliche Freiheit, welche Deutschland groß und stark gemacht und den staunenswerthen wirtschaftlichen Aufschwung unseres Vaterlandes hervorgerufen und begünstigt hat. Unter dem Schlagwort, die Landwirtschaft sei bislang stiefmütterlich behandelt, ihre Lebensinteressen seien denen der Industrie und des Handels geopfert worden, wird versucht, die wirtschaftliche Entwicklung zurück zu verdrängen, Handel und Industrie zu fesseln, um Sonderprivilegien für die Landwirtschaft zu erlangen. . . . Für unsere Provinz müssen wir geradezu beklagen, daß die 1892 erfolgte Ermäßigung des Getreidezolls und namentlich deren Ausdehnung auf Rußland im Jahre 1894 unsere Landwirtschaft benachteiligt hätte. Der Unterschied des Preises für inländisches und unterzolltes russisches Brodgetreide an der Königsberger Börse hatte sich zum Jahre 1894 den Holzbetrag von 50 Mark in Folge der Festhaltung des Identitätsmaßstabes bei der Ausfuhr noch nicht annähernd erreicht; er machte immer nur einen Bruchtheil des Zollsaßes aus und war im Durchschnitt erheblich geringer als 35 Mark. Der Differenzialzoll gegen Rußland in den Jahren 1892-1894 und der deutsch-russische Zollkrieg mit einem Getreidezoll von 75 Mark hatten keinerlei preissteigernde Wirkung, weil Deutschlands Getreidebedarf durch die meistbegünstigten Staaten gedeckt wurde. Erst seit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages und als eine Folge der Aufhebung des Identitätsmaßstabes bei der Getreideausfuhr ist unserer heimischen Landwirtschaft ein Schuß in der vollen Höhe des betreffenden Zolles gesichert. Der Zollschuß, den ostpreussisches Getreide genießt, ist daher thatsächlich gegenwärtig höher als vor dem Jahre 1892 und vor dem Inkrafttreten des deutsch-russischen Handelsvertrages. Die so gegenständliche Aufhebung des Identitätsmaßstabes wäre, daran zweifeln wir nicht, ohne die Ermäßigung unserer Getreidezölle durch die Handelsverträge auch heute noch ein frommer Wunsch; bei dem Fortbestand der Differenzialzölle gegen Rußland wäre sie überhaupt unmöglich gewesen. . . . Es ist nicht erfindlich, nun schon seit Jahren eine Richtung bekämpfen zu müssen, die die Interessen der Landwirtschaft vorzüglich, eines Gewerbes, das wegen seiner Ausdehnung und großen nationalen Bedeutung des Wohlwollens sowohl der Staatsregierung als der übrigen Berufsstände gewiß ist, und mit dem in Frieden leben zu können, auch unser heiliger Wunsch bleibt. Ein solcher Frieden ist leider nicht möglich, wenn die agrarische Bewegung fort-

fährt, unberechtigte Sonderinteressen über das Wohl der Gesamtheit zu stellen. Noch immer und mehr als zuvor werden wirtschaftspolitische Erörterungen durch die agrarische Bewegung beherrscht. Als verheerend erscheint es uns unter diesen Umständen für Handel und Industrie, dem aufgedrungenen Kampfe durch Konzessionen an die agrarische Bewegung auszuweichen. Der agrarische Appetit wird dadurch lediglich gesteigert. Auf diesem Wege kann kein dauernder, die allgemeine Wohlfahrt fördernder Frieden erreicht werden, sondern nur durch Beharren auf dem für richtig erkannten Standpunkte und durch festen Zusammenhalt derjenigen Kräfte, welche in der agrarischen Bewegung eine schwere Gefahr für unser Vaterland erblicken.“

Was die Königsberger Kaufmannschaft über die thatsächlich erfolgte Steigerung des Zollsaßes für Getreide durch die Aufhebung des Identitätsmaßstabes mit Bezug auf Ostpreußen sagt, trifft ebenso auf Pommern und Westpreußen zu, und die nämliche thatsächliche Steigerung ist durch die Ermäßigung der Eisenbahntarife für Getreide nach Ostpreußen für andere Landestheile bündig der Höhe herbeigeführt worden. Aber der Widerspruch des Agrarierthums lautet und wird trotz aller Zugeständnisse lauten: „Noch lange nicht genug!“

Die Ausföhrung der vom Landtage angenommenen Pflanzengesetze, soweit sie dem Verwaltungswege zufällt, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Die kirchlichen Behörden, in erster Linie der evangelische Oberkirchenrath, haben die vorbereitenden Schritte zu ergreifen. In diesem Schritte ist dem Oberkirchenrath auch eine Konferenz einberufen worden. Erst nachdem das Kirchenregiment sich über sein Vorgehen schlüssig gemacht hat, wird dem Kultusministerium die Aufgabe gestellt sein, auch seinerseits bei der Ausföhrung der Pflanzengesetze mitzuwirken.

Wenn in einigen Blättern Darstellungen verbreitet werden, wonach anzunehmen sei, daß der Sinn der Gesetzgebung des sogenannten Arbeiter-schutzgesetzes vom 1. Juni 1891 dahin gerichtet gewesen sei, in Zukunft die Schutzbefimmungen auf das ganze Handwerk auszudehnen, so beruhen diese Darstellungen auf Irrthum. Im § 154 der Gewerbeordnung heißt es zwar, daß die betreffenden Vorschriften durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auch auf andere als elementare Kraft verwendende Berufe ausgedehnt werden können, man muß jedoch die Worte zu diesem Vorgehen vergessen haben, wenn man hierunter nun das ganze Handwerk verstanden wissen will. Den Gesetzgebern kam es im Anfang der neunziger Jahre darauf an, die Möglichkeit zu Vorbeugungsmaßregeln zu geben, daß nicht etwa die Kinderbeschäftigung, die man nahezu ganz aus den Fabriken verbannt wollte, in der Hausindustrie zu großem Umfange sich entwickeln würde. Deshalb betonten auch die verbündeten Regierungen, als sie die mitteltheilte Bestimmung des § 154 in Vorschlag brachten, in der Begründung gerade diesen Punkt und wiesen namentlich auf die Möglichkeit der Erhöhung der Kinderarbeit in den Fabriken ins Leben treten sollte, ohne daß gleichzeitig die Kinderarbeit in der Hausindustrie einer Regelung unterzogen werden sollte. Man hätte auch nur davon Abstand genommen, diese Regelung in das Arbeiterschutzgesetz aufzunehmen, weil sie lediglich auf Grund eingehender spezieller Ermittlungen erfolgen kann und ihrer ganzen Natur nach weit eher im Wege der Verordnung als auf Grund des Gesetzes vorzunehmen ist. Die Hausindustrie und nicht das gesamte Handwerk war es also, die man bei der Normierung dieser Bestimmung im Auge hatte. Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern in der Hausindustrie werden ja denn auch schon angestellt. Man ersieht daraus, daß die Angelegenheit sich in den einmal in Aussicht genommenen Bahnen fortentwickelt. Anlaß zu Besorgnissen liegt deshalb für das Handwerk im Allgemeinen nicht vor.

Vom Chef des statistischen Bureau des Bundesgeschäftes der Vereinigten Staaten, D. B. Austin, ist der „New Yorker Handelszeitung“ zufolge eine Serie Tabellen über den Außenhandel der Philippinen ins Licht der Welt gestellt worden. Bei der herbeizugewandten Bedeutung, welche diese Inseln in Folge der jüngsten Ereignisse gewonnen haben, dürften die in diesem amtlichen Schriftstücke enthaltenen Daten von allgemeinem Interesse sein.

Spaniens Import von den Philippinen repräsentirt im Jahre 1896 einen Geldwerth von 4500000 Doll., während sich der spanische Waarenexport nach diesen Inseln im gleichen Jahre auf 7700000 Doll. belaufen hat. Der Gesamtexport aller übrigen Länder nach den Philippinen belief sich im Jahre 1896 auf 10 611 250 Doll., der Import von dort auf 20 175 000 Doll. An dem Export participirten die Vereinigten Staaten mit 162 446 Doll., Großbritannien mit 2 467 090 Doll., Deutschland mit 744 923 Doll., Frankreich mit 1 795 900 Doll., Belgien mit 272 240 Doll., China mit 98 782 Doll., alle übrigen Länder mit 4 907 184 Doll. Der Import vertheilte sich folgendermaßen: Vereinigte Staaten 4 982 857 Doll., Großbritannien 7 467 500 Doll., Deutschland 223 700 Doll., Frankreich 1 987 900 Doll., Belgien 45 000 Doll., China 13 770 Doll., Japan 1 387 909 Doll., alle übrigen Länder 4 065 704 Doll. Aus vorstehenden Daten ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten an dem Importgeschäft von den Philippinen mit 24,57 Prozent theilhaftig waren, während der Export dorthin nur 1,53 Prozent der Gesamtsumme erreichte. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel der Philippinen bilden Zucker und Manila-Hanf. Ingesamt wurden im Jahre 1897 von den Philippinen 153 576 125 Pfund Zucker exportirt. Hierunter entnahmen die Vereinigten Staaten 43 261 182 Pfund, Großbritannien 106 578 638 Pfund und der europäische Kontinent 3 736 305 Pfund. Die Ausfuhr von Manila-Hanf bezifferte sich im Jahre 1897 auf 825 028 Ballen. Davon entfielen auf die Vereinigten Staaten 417 473 Pfund, auf Großbritannien 385 182 Pfund, auf den europäischen Kontinent hingegen nur 22 373 Pfund. Der Theil der Vereinigten Staaten repräsentirt 50,60 Prozent der Gesamtsumme von Manila-Hanf. Das geringe Quantum Manila-Hanf für den europäischen Kontinent erklärt sich daraus, daß dieser Artikel zwar indirekt und zwar zumest von England bezogen wird. Im Jahre 1877 langten 44 Schiffe von den Philippinen in den Vereinigten Staaten

an, und zwar 20 in Boston, 18 in New York und 6 in Philadelphia. Während des gleichen Jahres wurden nach den Philippinen exportirt, und eins aus New York und eins aus San Francisco. Von sonstigen Artikeln wurden 1897 von den Philippinen exportirt: Kaffee 136 Ballen, Kopra 801 437 Pfund, Perlmutterschalen 679 Pfund, Indigo 63 5000 Pfund, Wolltubak 316 712 Pfund und Zigarren 156 916 000 Stück. Mehr als 50 Prozent der Zigarren gingen nach Japan und China, während die Vereinigten Staaten 2 285 000, Großbritannien 23 049 000 und der europäische Kontinent 34 321 000 Zigarren absorbirten.

Zu den Stichwahlen schreibt die „Konf. Kor.“: Die Stichwahlen sind diesmal von einer Wichtigkeit wie nie zuvor. Das Anwachsen der Sozialdemokratie hat die Gefahren, die uns von der alles unterwühlenden Revolutionspartei drohen, Allen Augen offenbart. Aus den Wahlsätzen geht aber auch hervor, daß es möglich ist, bei einmüthigem, festem Zusammenhalten der sozialdemokratischen Anstürmes in der letzten Stunde noch Herr zu werden. Wer bei der Hauptwahl zu Hause blieb in dem pessimistischen Gedanken, es ändere sich nichts, ob man den Stimmzettel abgebe oder nicht, der wird jetzt die Verpflichtung, an die Urne zu gehen, nicht verkennen. Es muß bei den Stichwahlen jede konservative Stimme ausgetrieben werden, um darzutun, daß die konservative Partei gewillt sei, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln der Selbsthilfe, auch unter der größten Selbstverleugung, zu bekämpfen. Was von den übrigen Parteien zu Hause bleiben, mer wolle, mag es Leute geben, die sogar der Sozialdemokratie Stichwahlen zu leisten sich nicht schämen; die konservative Partei muß ihren Ehrenschliff rein erhalten und dafür sorgen, daß der Nachweis geführt werden könne, daß jeder konservative Mann seine Stimme gegen die Sozialdemokratie in die Wahlschale gelegt hat. Wir treten jetzt nicht für eine oder die andere Partei ein, sondern für das Vaterland, für das Gemeinwohl, für die Monarchie!

Die soeben erschienene amtliche Zuckerstatistik ergibt, daß sich die Zahl der Zuckerfabriken gegen das Vorjahr um eine vermehrt hat. Die Zahl der Zuckerfabriken hat in den letzten fünf Jahren von 1894 bis 1898 wie folgt geschwankt: 405; 397; 400; 402; 403. Die Gesamtfläche der für den Betrieb dieser Zuckerfabriken gepflanzten Rüben betrug 1894: 339 386; 1895: 406 836; 1896: 425 004; 1897: 436 993 und in diesem Jahre 1898: 426 641 Hektar. Gegen das Vorjahr ist also trotz der Vermehrung der Zuckerfabriken die Anpflanzung von Rüben zurückgegangen. Von den 426 641 Hektar Rüben, die dieses Jahr gepflanzt wurden, sind 41 500 Hektar von den Fabriken selbst gepflanzt; rund 155 000 Hektar sind Allienrüben, 229 884 sogenannte Kauf- und Ueberrüben, in denen der Antheil insbesondere der unabhängigen bäuerlichen Betriebe an der Zuckerindustrie zum Ausdruck kommt.

Die zweite badiische Kammer beschäftigt sich am Dienstag in mehrstündiger Debatte mit dem sozialdemokratischen Antrage auf Einführung der Unterfabrikinspektoren in den größeren Industriebezirken, denen auch die Ueberwachung im Gewerbe- und Handelsbetriebe und in der Hausindustrie unterliegen soll, sowie auf die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren und die Wahl der für die Erweiterung der Fabrikinspektion benötigten Beamten direkt durch die Arbeiter. Auf den Antrag der Kommission wurde in der Beratung des Punktes betreffend Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Hausindustrie nicht eingetreten, weil der Landtag hierfür nicht zuständig sei. Angenommen dagegen wurden die Anträge auf Einführung der Unterfabrikinspektoren, auf Anstellung zweier weiblichen Fabrikinspektorstellen und auf Anerkennung des Vorschlagsrechts der Arbeiterschaft für nicht akademisch gebildete Beamte der Fabrikinspektion.

Oesterreich-Ungarn.

Bruck a. d. Leitha, 21. Juni. Bei der heutigen Hofstafel anlässlich der Truppeninspektionen brachte der Kaiser Franz Josef folgenden Toast aus: Der heutige, besonders herzliche Empfang veranlaßt mich, meine Freude auszudrücken über das seit vielen Jahren bestehende, vortreffliche, ungetrübte Verhältnis zwischen den Bewohnern und den zahlreichen, das Lager benutzenden Abtheilungen aller Theile der bewaffneten Macht. Ueberzeugt von dem Fortbestehen dieses auf der patriotischen Gesinnung der Einwohner gegründeten ehrenvollen Einvernehmens lere ich mich Glas auf das Wohl der Gemeinden Bruck an den beiden Seiten der Leitha.

Italien.

Rom, 21. Juni. — Gegenüber den heute Nachmittag wieder verbreiteten demuthigenden Nachrichten über die Gesundheit des Papstes erklärte Dr. Rapponi einem Berichterstatter, diese Nachrichten seien völlig unrichtig; der Papst sei von dem leichten Anfall von Rheumatismus in den Schultern völlig wiederhergestellt und habe heute Vormittag in langer Audienz den Kardinal Machi zur Erhebung von Geschenken empfangen. Alsdann habe der Papst einen großen Theil des Tages in den Gärten des Vatikans verbracht, von wo er am Abend zurückkehren werde. Dr. Rapponi bestätigte, daß die Gesundheit des Papstes eine ganz vorzügliche sei, so daß er (Rapponi) gestern einen Landausflug, der den ganzen Tag in Anspruch nahm, machen konnte.

Arbeiterbewegung.

In Braunschweig ist der Maurer- und Bauarbeiterausstand mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter beendet worden. — In Düren ist der Weberausstand in der Färbefabrik von Chr. Fr. Weimach seit Sonnabend beendet. Sämtliche Weber, mit Ausnahme derjenigen, die den Ausstand verschubeten, sind wieder zur Arbeit zugelassen worden. — In einer gestern in Hamburg stattgefundenen Versammlung der Wärgereisen in Hamburg, Altona und Wandsbeck wurde beschlossen, am 22. d. in den Streik einzutreten. — In Zwickau bezogen gestern die Dergarbeiter in einer stark beschwerten Versammlung die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Sanvornico (Valigien) ist ein allgemeiner Bergarbeiterausstand ausgebrochen.

Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit blieben erfolglos. — In Eisenach ist der Maurerstreik nach zehnwohiger Dauer zu Ungunsten der Arbeiter beendet. — Wie eine Zeitung für Kohlen- und Kalkbergbau berichtet, hat eine größere Anzahl Bergarbeiter im Ruhrrevier die Arbeit genommen, um nach Rastatt auszuwandern. Auch der technische Direktor einer größeren Zeche im nördlichen Ruhrgebiet, der wegen Fäulnis derselben mit einer benachbarten Bergwerkgesellschaft aus seiner Stellung ausgeschieden ist, geht dorthin und ist an die Spitze eines größeren Bergbauunternehmens getreten, um an Ort und Stelle die Arbeiten zu leiten.

25. deutscher Gastwirthstag.

Berlin, 21. Juni. Heute haben 305 Gastwirthsvereine ihre Bevollmächtigten nach der Reichshauptstadt entsandt, welche im Bihlersaal des Rathhauses tagten. Die Bevollmächtigung wurde von dem Präsidenten des deutschen Gastwirthsverbandes, Herrn Th. Müller, am Vormittag eröffnet. Als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung hieß Johann Stadtverordneter Generaldirektor der Brauerei Friedrichs (Bahrenhofer Brauerei) Goldschmidt die deutschen Gastwirthsvereine zu ihrem Jubiläumstage in der deutschen Reichshauptstadt willkommen. Von auswärtig sind zahlreiche Glückwunschkarten eingegangen, das Bürgerliche Brauhaus München hat zu dem Jubiläum des deutschen Gastwirthsverbandes einen goldenen Pokal gestiftet. Nach dem Hierauf der Präsident Th. Müller die Verhandlungen mit einem Guch auf den Kaiser eröffnet, erfolgte der Bericht der Revision über die Prüfung der Verbandsstatuten und der Theodor Müller-Stiftung, welche beide ein Vermögen von 129 000 Mark, und der Verbandsmitwitten- und Waisenunterstützungskasse, welche ein solches von 34 872 Mark repräsentiren. Der Geschäftsbericht selbst wird erst in der morgigen Sitzung des deutschen Gastwirthstages erstattet. Der Etat des Verbandes wurde für das Jahr 1898-99 in Einnahme und Ausgabe auf 10 990 Mark festgestellt. Hierauf trat die Delegirtenversammlung in die Beratung der Abänderungsanträge verschiedener Vereine bezüglich der Verbandsstatuten ein.

Die Anträge, den Gastwirthstag in Zukunft Anfangs Juni beziehungsweise nur alle 2 Jahre stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. Es soll wie bisher, dem geschäftsführenden Ausschusse des Verbandes überlassen bleiben, die Abhaltung der Gastwirthstage zu bestimmen. Mit der Revision der Verbandsstatuten, behufs Erlangung der Rechte einer juristischen Person, wurde der geschäftsführende Ausschuss, welcher sich durch Akkordation ergänzen soll, beauftragt. Derselbe soll dem nächsten deutschen Gastwirthstage eine Vorlage unterbreiten.

Der Antrag der pommerischen Zone: die Wittwen- und Waisenunterstützungskasse des Verbandes auch auf die Unterstützung ohne ihr Verschulden in Noth gerathener Kollegen (Wittwer) auszudehnen, wurde als verrißt abgelehnt, desgleichen der Antrag, einen Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger alter Gastwirthsvereine zu gründen. Auch der Antrag, die Beiträge zu der Wittwen- und Waisenkasse obligatorisch zu gestalten, fand keine Zustimmung.

Sodann wurden die Unterstühtungen aus der Theodor Müller-Stiftung, welche in Noth gerathenen Angehörigen zu gewähren ist, welche das Diplom dieser Stiftung besitzen, auf 10 Mark monatlich festgelegt. Der Antrag Vantepens-Neuende, für das Großherzogthum Oldenburg eine eigene Zone des deutschen Gastwirthsverbandes einzurichten, gelangte mit großer Majorität zur Annahme. Es wurde sodann eine Kommission zur Begutachtung der ausgestellten Schülerarbeiten, auf der mit dem Gastwirthstage verbundenen Fachschul-Ausstellung eingeseht. Als Ort des nächstjährigen 26. deutschen Gastwirthstages bestimmte die Versammlung Dresden. Hierauf erstattete der geschäftsführende Ausschuss den Bericht über seine Thätigkeit im abgelaufenen Verbandsjahre. Dem Verbande gehören, wie bereits mitgetheilt, 305 Vereine mit rund 26 800 Mitgliedern an. Neue Statuten hat das verfallene Verbandsjahr den Wirthen nicht gebracht, der Bericht bemerkt jedoch hierzu: Was hätte auch noch hinzukommen sollen, nachdem wenige Jahre zuvor das Gewerbesteuern- und das Kommunalabgabengesetz dafür gesorgt hatten, daß Betriebssteuer, kommunale Betriebssteuergesetze sowie gleichfalls kommunale Bier- und Luftabgaben in Fülle aufstanken. Indessen schimmer noch als durch die Ausübung des Biersteuern- und Luftabgabensteuergesetzes habe das Wirthegeerbe unter den sich steigenden und geradezu zur Manie gewordenen Luftabgabenbeschränkungen zu leiden gehabt. Demgegenüber müßte immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nur aus dem festen Zusammenhange aller Hülfe erwachsen könne, wie durch das Zusammenstehen der Berliner Gewerbetreibenden die bekannte Polizeiverordnung, betreffend die äußere Gehaltung der Sonntags- und Feiertage zurückgezogen und durch eine wesentlich gemilderte ersetzt worden. Mit Genehmigung könne hervorgehoben werden, daß sich das Fachschulwesen in den Gastwirthsvereinen im letzten Jahre vermehrt habe. Die Verhältnisse des vorjährigen Gastwirthstages in Gotha sind ausgeführt worden bis auf eine Petition betreffend Genossenschafts-Restaurationen, welche der Verbandsvorstand als zur Zeit unausführbar erachtet. Der Verbands-Vorstand, bezw. der geschäftsführende Ausschuss hat 14 Sitzungen abgehalten und in denselben über 1800 eingegangene Schreiben erledigt. Denkschriften an Geschäftsjubilare wurden im abgelaufenen Verbandsjahre 274, ferner 410 Begehrnisse und 854 Auszeichnungen an Trendemende ausgehändigt, 46 Vereine sind dem Verbande beigetreten und 5 weitere haben ihren Beitritt zum 1. Juli d. J. zugeagt. Hierauf erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Verbandsvorstandes durch Zuzuf und die Vorberathung einer Anzahl Dringlichkeitsanträge, welche auf dem Gastwirthstage selbst erledigt werden sollen. Damit war auch die Tagesordnung der Delegirtenversammlung erledigt. Der Gastwirthstag beginnt seine Sitzungen Mittwoch Vormittag 10 Uhr im Saale der Brauerei Friedrichshain.

